



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Brüssel, den 4. November 2003

PLENARTAGUNG

29./30. OKTOBER 2003

ÜBERSICHT ÜBER DIE VERABSCHIEDETEN STELLUNGNAHMEN

**Der Volltext aller EWSA-Stellungnahmen ist in den 11 Amtssprachen auf
der Website des Ausschusses unter folgender Adresse abzurufen:**

<http://www.esc.eu.int>

(Rubrik "Documents" auf der englischen und französischen Startseite)

1. LISSABON-STRATEGIE UND KOORDINIERUNG DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIKEN

• *Bewertung der Strukturreformen*

Berichterstatter: Herr VEVER (Arbeitgeber – FR)

– Sondierungsstellungnahme – CESE 1406/2003

– **Kernpunkte:**

Der Ausschuss hält es in erster Linie für erforderlich, die Glaubwürdigkeit des Mandats von Lissabon bei den Bürgern Europas stärker zu verankern und auch die Befürchtungen hinsichtlich dessen tatsächlicher Bedeutung und seiner sozialen Kosten zu zerstreuen: es sollte deutlicher klargestellt werden, dass wir mit gutem Recht gemeinsam das Ziel anstreben können, zu den ersten Nutznießern eines weltweit an erster Stelle stehenden Marktes zu werden, und dass die vorgesehenen Reformen bestimmen, wie sich Europa künftig in einer offenen Wirtschaft entwickeln wird.

Der Ausschuss bedauert insbesondere, dass es keine gemeinsame Wirtschaftspolitik gibt, die der Schaffung des Euro korrespondiert: dieser Situation sollte umgehend abgeholfen werden, unter anderem, indem eine Annäherung der Steuerpolitiken im Einklang mit den in Lissabon beschlossenen Wettbewerbszielen eingeleitet wird.

Der Ausschuss stellt fest, dass der Binnenmarkt bei weitem noch nicht vollendet ist, wiewohl er erweitert wird: verstärkt werden sollten seine Identität, sein Zusammenhalt und seine Sicherheit.

Der Ausschuss zeigt sich ferner darüber besorgt, dass die Union im Forschungsbereich einen Rückstand aufweist, obwohl doch das in Lissabon festgelegte Ziel der Wettbewerbsfähigkeit auf den Vorteilen einer wissensbasierten Wirtschaft beruht.

Der Ausschuss hebt zwar hervor, dass die verschiedenen Strukturreformen zusammenwirken, stellt aber fest, dass der Stand der Umsetzung der Reformen von einem Mitgliedstaat zum anderen in den verschiedenen Bereichen sehr unterschiedlich ist: Öffnung der Märkte, Zugang zur Finanzierung, ausgeglichene Staatsausgaben, Schaffung von Innovationsanreizen, Anpassung des Arbeitsmarkts, Modernisierung des Sozialschutzes, Förderung von Bildung und Ausbildung, Vereinfachung der Vorschriften, Festigung der nachhaltigen Entwicklung. Des Weiteren ist festzustellen, dass die Reformen in der Regel in den Staaten, die die Anforderungen des Stabilitätspakts erfüllt haben, besser vorangeschritten sind als in den anderen. Der Ausschuss hält genauere Informationen über die jeweilige nationale Lage für erforderlich, und schlägt vor, eine Datenbank in das Europa-Portal einzustellen, mit deren Hilfe bewährte Methoden zur Umsetzung der in der Strategie von Lissabon vorgesehenen Reformen aufgezeigt werden.

Alles in allem ist der Ausschuss davon überzeugt, dass die für die Wettbewerbsfähigkeit der EU erforderlichen Strukturreformen auf den verschiedenen Ebenen intensiver erörtert, besser verstanden und besser zwischen den politischen Entscheidungsträgern einerseits und den Akteuren der organisierten Zivilgesellschaft andererseits aufgeteilt werden müssen. Die Wirkung dieser Reformen in einem schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Kontext und somit ihr Erfolg oder Misserfolg wird letztlich davon abhängen, dass sie nicht nur von den Politikern und mit Hilfe von Gesetzen und Vorschriften festgelegt und vorangetrieben werden, sondern vielmehr auch von den wirtschaftlichen und sozialen Akteuren in ihrer besonderen Eigenschaft als Vertragspartner und Schöpfer von Initiativen "vor Ort" "an der Basis" unterstützt und gefördert werden.

- **Ansprechpartner:** Herr ALLENDE
(Tel.: 00 32 2 546 96 79 – E-Mail: alberto.allende@esc.eu.int)

- ***Straffung der Koordinierung im Bereich Sozialschutz***

Berichterstatter: Herr BEIRNAERT – (Arbeitgeber – BE)

- KOM(2003) 261 endg. – CESE 1395/2003

- **Kernpunkte:**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss nimmt die Aufnahme des Prinzips der Koordinierung der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten in den Entwurf einer europäischen Verfassung zur Kenntnis, hält es jedoch für ebenso wichtig, dass zu diesem Grundsatz der politische Wille hinzutritt, ihr konkrete Gestalt zu geben.

Für besonders begrüßenswert hält es der Ausschuss, dass die Mitteilung auf eine stärkere Betonung der sozialen Dimension der Strategie von Lissabon abzielt, um dadurch der Modernisierung und Verbesserung des Sozialschutzes politisch mehr Gewicht zu verleihen.

Nach Ansicht des Ausschusses muss besonders darauf geachtet werden, dass bei der Zusammenführung der einzelnen Prozesse in einem einzigen, umfassenden Mechanismus die besonderen Merkmale der Unterbereiche soziale Eingliederung, Renten und Gesundheitsleistungen nicht zu kurz kommen. Jeder dieser Bereiche hat seine eigene Problemlage und seinen eigenen Kreis beteiligter Partner und verlangt spezifische Zielsetzungen.

Von wesentlicher Bedeutung ist, dass der neue Gesamtbericht die in den NAP/Eingliederung und den Rentenstrategieberichten eingegangenen Verpflichtungen aufgreift und die bisherige Dynamik fortführt.

- **Ansprechpartner:** Herr HICK
(Tel.: 00 32 2 546 93 02 – E-Mail: alan.hick@esc.eu.int)

2. GESUNDHEIT UND SOZIALSCHUTZ

- *Europäisches Zentrum für die Prävention und die Bekämpfung von Seuchen*

Berichterstatter: Herr BEDOSSA (Verschiedene Interessen – FR)

– KOM(2003) 441 endg. – 2003/0174 (COD) – CESE 1394/2003

– **Kernpunkte:**

Es ist ein systematischer und strukturierter Ansatz zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten sowie anderer schwerwiegender Gesundheitsbedrohungen erforderlich. Sie zeigen, wie wichtig ein präventiver Ansatz ist, der zu Recht auch im Namen des Zentrums erscheint und in seinem Auftrag erläutert wird.

Im Bereich der landwirtschaftlichen Lebensmittelerzeugung etwa stellten die aufeinanderfolgenden Krisen der Bovinen Spongiformen Enzephalopathie (BSE), der Creutzfeld-Jacob-Krankheit, des "Schafswahnsinns" und der Hühnerpest allgemein verbreitete und ernst zu nehmende Bedrohungen dar.

Im Umweltbereich sind der explosionsartige Anstieg der Morbidität und Mortalität aufgrund von Asbest, die Chemikalienexposition, die Entstehung der auf die Umweltverschmutzung zurückzuführenden Atemwegserkrankungen und die zahlreichen Todesfälle infolge der großen Hitzewelle künftig ebenfalls als schwerwiegende Gesundheitskrisen einzustufen, die ebenfalls die Merkmale von Epidemien aufweisen. Die Prävention und die Bekämpfung dieser neuen Gesundheitskrisen müssen über das ausschließlich für übertragbare Krankheiten geeignete epidemiologische Modell hinausgehen, umso mehr, als auch für diese Krankheiten die umweltbedingte Komponente zunimmt. Diese Krisen machen deutlich, wie wichtig es ist, die Wechselwirkungen und Kumulationsfähigkeit mehrerer Risikofaktoren näher zu untersuchen, die in schwere Krankheitsbilder und Gesundheitskrisen ausarten können. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Bekämpfung von Seuchen muss so strukturiert und ausgerüstet sein, dass es derartige komplexe Analysen, wie etwa der Wechselwirkungs- und Kumulationsmechanismen, durchführen kann.

Die Europäische Kommission hat auf die durch SARS hervorgerufene internationale Gesundheitskrise prompt reagiert.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ist davon überzeugt, dass solche Bedrohungen in Zukunft an vielerlei Fronten – der chemischen, toxischen, klimatologischen, viralen und mikrobiellen – enorm zunehmen und durch die Behandlungsresistenzen wie bei Tuberkulose, Aids, Malaria oder dem hämorrhagischen Fieber noch verschärft werden dürften.

Die Schaffung dieses Zentrums ist der Intensivierung der Politik der Europäischen Union im Bereich der öffentlichen Gesundheit nach Maßgabe von Artikel 152 förderlich, wie sie in dem Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union definiert ist, über den die Regierungskonferenz zu befinden haben wird.

- **Ansprechpartnerin:** Frau BARBESTA
(Tel.: 00 32 2 546 95 10 – E-Mail: stefania.barbesta@esc.eu.int)

- **Aktualisierung der Verordnungen 1408/71 und 574/72 – Soziale Sicherheit**

Hauptberichterstatter: Herr BOLDT (Arbeitnehmer – FI)

- KOM(2003) 378 endg. – 2003/0138 (COD) – CESE 1399/2003

- **Kernpunkte:**

Der Ausschuss begrüßt den Vorschlag zur Änderung der beiden Verordnungen. Der Ausschuss geht davon aus, dass sich die Änderungen, die an den Verordnungen 1408/71 und 574/72 erfolgen sollen, in die umfassende Reform dieser Verordnungen einfügen lassen.

- **Ansprechpartner:** Herr HICK
(Tel.: 00 32 2 546 93 02 – E-Mail: alan.hick@esc.eu.int)

3. UMWELTWIRTSCHAFT

- **Aktionsplan für Umwelttechnologie**

Berichterstatter: Herr NILSSON (Verschiedene Interessen – SE)

- KOM(2003) 131 endg. – CESE 1390/2003

- **Kernpunkte:**

Der EWSA unterstützt die Arbeiten der Kommission für eine europäische Initiative zur Entwicklung und Förderung von Umwelttechnologien sowie ihre Schwerpunktsetzung auf vier Themenbereiche und befürwortet die breitere Definition der Umwelttechnologie, die Know-how, Forschung und Produktionstechnik einschließt.

Er sieht in der Umwelttechnologie ein strategisch wichtiges Geschäftsfeld für die europäische Wirtschaft, wenn deren Wettbewerbsfähigkeit, wie in der Lissabon-Strategie vorgesehen, gestärkt wird. Die Entwicklung und Inverkehrbringung von Umwelttechnologien muss in verschiedener Form unterstützt, sollte aber nicht durch wirtschaftliche oder gesetzgeberische Steuerungsinstrumente forciert werden, denn das würde die Exportmöglichkeiten begrenzen und Produktionsverlagerungen in außereuropäische Länder auslösen. Das öffentliche Beschaffungswesen kann schon heute so genutzt werden, dass Waren und Dienstleistungen nachgefragt werden, bei denen Umwelttechnologien zum Einsatz kommen. Auch kleinere Unternehmen müssen in Problembereichen unterstützt, und umwelttechnische Fortschritte auch in kleinem Maßstab gefördert werden. Ein Mittel dazu wären Investitionshilfen. Nach Ansicht des EWSA sollte die Kommission Vorschläge dafür vorlegen, an wen oder an welche Stelle sich einzelne Unternehmen wenden können, wenn sie Rechtsvorschriften oder behördliches Handeln als umweltschädlich ansehen.

Für die Abfallproblematik müssen ganzheitliche Lösungen gesucht werden, die auch die lokale/regionale Perspektive berücksichtigen. Jedenfalls muss für sauberes Wasser in erster Linie dadurch gesorgt werden, dass Verunreinigungen gar nicht erst ins Wasser gelangen. Kurzfristig kann durch Umwelttechnologien für sauberere Emissionen gesorgt werden. Die durch neue Umwelttechnologien erzielbare Umweltentlastung muss mit Hilfe von Lebenszyklusanalysen beurteilt werden. Der EWSA weist auf das Fortbestehen von Hindernissen hin, die eine langfristig stabile Produktion von Bio-kraftstoffen erschweren.

- **Ansprechpartner:** Herr KIND
(Tel.: 00 32 2 546 91 11 – E-Mail: johannes.kind@esc.eu.int)

4. TOURISMUS

- ***Neue Formen des Tourismus***

Berichterstatter: Herr MENDOZA (Arbeitnehmer – ES)

- Initiativstellungnahme – CESE 1384/2003

- **Kernpunkte:**

Der Ausschuss stellt in seiner Stellungnahme zehn Aspekte eines nachhaltigen Tourismus vor, die anhand von hundert Aktionsvorschlägen erläutert werden. Die zehn Aspekte lauten:

- Tourismus und Touristen
- Tourismus und Beschäftigung
- Tourismus und Unternehmen: Wettbewerbsfähigkeit und soziale Verantwortung der Unternehmen

- Tourismus und sozialer Zusammenhalt: Gesellschaftliche Auswirkungen und soziale Ausgewogenheit des Tourismus
- Tourismus und Stabilität: Verringerung der Saisonabhängigkeit
- Tourismus, Kultur und kulturelles Erbe
- Tourismus und Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen
- Tourismus und Umweltschutz
- Tourismus, Frieden und Solidarität
- Tourismus und beteiligte Akteure

Die Stellungnahme schließt mit einem Anhang über die Vorgeschichte.

- ***Ansprechpartner: Herr MARTINEZ***
(Tel.: 00 32 2 546 95 01 – E-Mail: nemesio.martinez@esc.eu.int)

5. **VERKEHR UND ENERGIE**

• ***Transeuromediterrane Netze im Energiebereich***

Berichterstatter: Herr HERNANDEZ BATALLER (Verschiedene Interessen – ES)

- Sondierungsstellungnahme – CESE 1388/2003
- **Kernpunkte:**

Der EWSA sieht in der euromediterranen Zusammenarbeit im Energiebereich einen wesentlichen Schritt hin zur Verbesserung der allgemeinen Energieversorgungssicherheit. Er begrüßt daher nachdrücklich die Arbeiten zur Errichtung der transeuromediterranen Energienetze. Auf Einladung der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, **Frau Loyola de Palacio**, eine Sondierungsstellungnahme im Hinblick auf diese umfangreiche Initiative zu erarbeiten, führt der EWSA eine Reihe von Vorschlägen an, die für die konkrete Umsetzung von großer Bedeutung sind und die in der Stellungnahme im Detail erörtert werden. Diese konzentrieren sich insbesondere auf folgende Aspekte:

- Konkrete Bestimmung der Aufgaben, die der öffentliche Bereich einerseits und der private Sektor andererseits übernehmen könnten, sowie die Schaffung entsprechender Voraussetzungen für deren optimale Mitwirkung (Finanzierungserfordernisse, verfügbare Fördermittel, Förderung von Auslandsinvestitionen, Harmonisierung, Stabilität und Transparenz des normativen Rahmens etc.);
- Leitlinien (Investitionsschutzvereinbarungen, steuerliche Maßnahmen, neue finanzielle Dienstleistungen etc.) nach denen bei der Durchführung der Vorhaben vorgegangen werden sollte;
- Ergänzung der Nord-Süd-Initiativen durch Vorhaben, die die Süd-Süd-Dimension stärken;
- Entwicklung nachhaltiger Energiepolitiken mit Schwerpunkt auf dem rationellen Umgang mit Energie, Förderung erneuerbarer Energieträger und Verbesserung der Umweltverträglichkeit der Energieanwendungen;

- Gewährleistung des öffentlichen Versorgungsauftrags und insbesondere der Universaldienstverpflichtung etc.;
- Vertretung eines gemeinsamen Standpunktes der EU-Mitgliedstaaten und der Partnerländer in den verschiedenen internationalen Foren.

- **Ansprechpartner: Herr JANTSCHER**
(Tel.: 00 32 2 546 82 87 – E-Mail: siegfried.jantscher@esc.eu.int)

- **Mitteilung/Sicherheit im Seeverkehr – Schiffe und Hafenanlagen**

Berichterstatlerin: Frau BREDIMA SAVOPOULOU (Arbeitgeber – EL)

- KOM(2003) 229 endg. – 2003/0089 COD – CESE 1387/2003

- **Ansprechpartner: Herr LOBO**
(Tel.: 00 32 2 546 97 17 – E-Mail: luis.lobo@esc.eu.int)

- **Kurzstreckenseeverkehr – Intermodale Ladeeinheiten**

Berichterstatter: Herr CHAGAS (Arbeitnehmer – PT)

- KOM(2003) 155 endg. – 2003/0056 COD – CESE 1398/2003

- **Ansprechpartner: Herr LOBO**
(Tel.: 00 32 2 546 97 17 – E-Mail: luis.lobo@esc.eu.int)

- **Elektronische Mautsysteme**

Berichterstatter: Herr LEVAUX (Arbeitgeber – FR)

- KOM(2003) 132 endg. – 2003/0081 COD – CESE 1389/2003

- **Ansprechpartner: Herr DEL FIORE**
(Tel.: 00 32 2 546 97 94 – E-Mail: raffaele.delfiore@esc.eu.int)

6. **EINWANDERUNG**

- **Kooperationsprogramm mit Drittländern /Migration**

Berichterstatterin: Frau CASSINA (Arbeitnehmer – IT)

– KOM(2003) 355 endg. – 2003/0124 COD – CESE 1392/2003

– **Kernpunkte:**

Der EWSA begrüßt und unterstützt die Einrichtung eines Programms mit derartiger Zielrichtung und plädiert für eine rasche Genehmigung dieses Instruments durch die europäischen Institutionen.

Da es keine klar definierte Visums-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik gibt, erschwert das vorgeschlagene Programm für die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern der Zuwanderer seine ausgewogene Interpretation, insbesondere hinsichtlich der Prioritätenfolge für die einzelnen Maßnahmen.

Ein weiterer zentraler Bereich ist zudem die Berufsbildung der potentiellen Migranten, wodurch den Unternehmen in der EU nicht nur qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stünden, sondern den Herkunftsländern auch konkrete Hilfe geboten würde, um die Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und ausländische Direktinvestitionen anzuziehen.

Um eine unmissverständliche Information über die Auswanderungsverfahren bieten zu können, fordert der EWSA, dass unter die in dem Vorschlag vorgesehenen Maßnahmen zumindest auch (probeweise) die Einrichtung eines mit EURES vergleichbaren Systems aufgenommen wird, an dem sich die Sozialpartner in der EU und in den Herkunftsländern der Migranten beteiligen.

– *Ansprechpartner: Herr BROMBO*
(Tel.: 00 32 2 546 97 18 – E-Mail: pierluigi.brombo@esc.eu.int)

7. **ARBEITSRECHT**

• *Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen*

Berichterstatter: Herr RETUREAU (Arbeitnehmer – FR)

– ABl. C 311/16 – 14/12/2002 – CESE 1401/2003

– *Ansprechpartner: Herr PEREIRA DOS SANTOS*
(Tel.: 00 32 2 546 92 45 – E-Mail: joao.pereiradossantos@esc.eu.int)

8. **KMU**

• *Staatliche Ausbildungsbeihilfen*

Berichterstatter: Herr WOLF (Verschiedene Interessen – DE)

- ABl. C 190 – 12/08/2003 – CESE 1386/2003
- *Ansprechpartner: Herr MARTINEZ*
(Tel.: 00 32 2 546 95 01 – E-Mail: nemesio.martinez@esc.eu.int)

9. GEISTIGES EIGENTUM

- ***Schutz der Rechte an geistigem Eigentum***

Berichterstatter: Herr RETUREAU (Arbeitnehmer – FR)

- KOM(2003) 46 endg. – 2003/0024 COD – CESE 1385/2003
- *Ansprechpartner: Herr ANDERSEN*
(Tel.: 0032 2 546 92 58 – E-Mail: jakob.andersen@esc.eu.int)

10. ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG

- ***Aktionsprogramm für im Bildungsbereich tätige Einrichtungen***

Berichterstatter: Herr PANERO FLÓREZ (Arbeitgeber – ES)

- KOM(2003) 273 endg. – 2003/0114 COD – CESE 1393/2003
- **Kernpunkte:**

Vorbehaltlich der im Abschnitt "Bemerkungen" vorgebrachten Einwände möchte der Ausschuss generell seine Unterstützung für die verschiedenen im Text des Vorschlags enthaltenen Aktionen zum Ausdruck bringen. Die meisten dieser Maßnahmen laufen bereits seit längerer Zeit, wodurch bestätigt wird, dass es zweckmäßig ist sie, fortzusetzen.

Aktionen, die darauf abzielen, die europäischen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung sowohl innerhalb wie außerhalb der Grenzen der Union zu stärken, zu verbessern und zu fördern, werden vom Ausschuss natürlich stets begrüßt.

Auch die Aktionen, mit denen so angesehene Einrichtungen wie die in Aktion 1 des Vorschlags genannten unterstützt werden, verdienen eine besondere Erwähnung. In der Tat leistet jede dieser Einrichtungen auf ihrem Gebiet wichtige und kohärente Arbeit zur Förderung der Werte, die den

Bürgern am meisten am Herzen liegen und die den europäischen Integrationsprozess begleiten müssen. Dementsprechend bringt der Ausschuss seine Unterstützung für die Beibehaltung der Finanzhilfen zum Ausdruck, die die genannten Einrichtungen über die im Vorschlag genannten Maßnahmen erhalten werden.

Auch der Ausschuss hält es für notwendig, die Fortbildung und das Know-how der Richter in den einzelnen Mitgliedstaaten auf so wichtigen wie den in der vorgenannten Verordnung 1/2003 aufgeführten Gebieten zu fördern.

Der Ausschuss weist darauf hin, dass dieser Vorschlag für einen Beschluss Teil eines Pakets von sieben Vorschlägen ist, die infolge der Anwendung der neuen Haushaltsordnung vorgelegt werden. Der Ausschuss ersucht die Kommission um einen kohärenten Ansatz, wenn sie diese Art von Vorschlägen erstellt, insbesondere im Hinblick auf die Kriterien für den Zugang zu Finanzhilfen.

- *Ansprechpartnerin: Frau BARBESTA*
(Tel.: 00 32 2 546 95 10 – E-Mail: stefania.barbesta@esc.eu.int)

11. FORSCHUNG

- *Änderung spezifische FTE-Programme*

Hauptberichterstatter: Herr WOLF (Verschiedene Interessen – DE)

- KOM(2003) 390 endg. – 2003/0151 CNS – CESE 1400/2003

- *Ansprechpartner: Herr MARTINEZ*
(Tel.: 00 32 2 546 95 01 – E-Mail: nemesio.martinez@esc.eu.int)

12. LEBENSMITTELSICHERHEIT

- *Futtermittelhygiene*

Hauptberichterstatter: Herr DONNELLY (Verschiedene Interessen – IE)

- KOM(2003) 180 endg. – 2003/0071 COD – CESE 1404/2003

- *Ansprechpartner: Herr WRIGHT*
(Tel.: 00 32 2 546 91 09 – E-Mail: robert.wright@esc.eu.int)

13. **UMWELTSCHUTZ**

- ***Persistente organische Schadstoffe (POP)***

Berichterstatterin: Frau CASSINA (Arbeitnehmer – IT)

– KOM(2003) 331-332-333 endg. – CESE 1391/2003

– ***Ansprechpartnerin:*** Frau DI NICOLANTONIO

(Tel.: 00 32 2 546 94 54 – E-Mail: eleonora.dinicolantonio@esc.eu.int)

14. **FISCHEREI UND LANDWIRTSCHAFT**

- ***Fischerei/Umstellung (Marokko)***

Hauptberichterstatter: Herr CHAGAS (Arbeitnehmer – PT)

– KOM(2003) 437 endg. – 2003/0157 CNS – CESE 1397/2003

– ***Ansprechpartnerin:*** Frau DI NICOLANTONIO

(Tel.: 00 32 2 546 94 54 – E-Mail: eleonora.dinicolantonio@esc.eu.int)

- ***Fischerei/Ausgleich der durch Randlage bedingten Mehrkosten***

Hauptberichterstatter: Herr IPARRAGUIRRE (Verschiedene Interessen – ES)

– KOM(2003) 516 endg. – 2003/ 0202 CNS – CESE 1396/2003

– ***Ansprechpartnerin:*** Frau DI NICOLANTONIO

(Tel.: 00 32 2 546 94 54 – E-Mail: eleonora.dinicolantonio@esc.eu.int)

- ***Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen***

Hauptberichterstatter: Herr ALLEN (Verschiedene Interessen – IE)

– KOM(2003) 472 endg. – 2003/ 0182 CNS – CESE 1405/2003

– ***Ansprechpartnerin:*** Frau DI NICOLANTONIO

(Tel.: 00 32 2 546 94 54 – E-Mail: eleonora.dinicolantonio@esc.eu.int)

15. KODIFIZIERUNG UND VEREINFACHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN

- *Statistiken des Warenverkehrs*

Hauptberichterstatterin: Frau FLORIO (Arbeitnehmer – IT)

– KOM(2003) 364 endg. – 2003/0126 COD – CESE 1402/2003

– **Kernpunkte:**

Der EWSA begrüßt die Fortschritte, die die Kommission und die Mitgliedstaaten im Bereich der Statistiken und der Datenerhebung erzielt haben und die darauf ausgerichtet sind, die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion voranzutreiben und zu überwachen.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Instruments wird es – insbesondere zur Unterstützung der KMU – erforderlich sein, eine breit angelegte Informationskampagne über die neue Verordnung und über die Bereitstellung und Nutzung der Daten durchzuführen.

– *Ansprechpartner: Herr PIETRASANTA*
(Tel.: 00 32 2 546 93 13 – E-Mail: roberto.pietrasanta@esc.eu.int)

16. BESTEUERUNG

- *Ermäßigte MwSt-Sätze*

Hauptberichterstatter: Herr BEDOSSA (Verschiedene Interessen – FR)

– KOM(2003) 397 endg. – 2003/0169 CNS – CESE 1407/2003

– **Kernpunkte:**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss begrüßt den "Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG in Bezug auf den Anwendungsbereich der ermäßigten Mehrwertsteuersätze", den die Kommission am 16. Juli 2003 angenommen hat.

In Bezug auf die zahlreichen Meinungsverschiedenheiten schließt sich der Ausschuss der Auffassung der Kommission an, insbesondere wenn sie feststellt, dass sich eine Ermäßigung der Mehrwertsteuer häufig nur sehr gering und vorübergehend auf die Endverbraucherpreise auswirkt. Und dies wäre

zweifelloos wegen der gravierenden Auswirkungen einer solchen Maßnahme in Bezug auf die verfügbaren Haushaltsmittel ein Rückschritt für den Binnenmarkt.

Der Ausschuss begrüßt die Anstrengungen zur Erstellung eines neuen Anhangs H mit dem Ziel, diesen zu straffen und zu vereinfachen, denn dieser Anhang wird *ipso facto* zur einzigen Referenz für die Bestimmung des Anwendungsbereichs der ermäßigten Steuersätze wie auch der stark ermäßigten Sätze und des Nullsatzes.

- **Ansprechpartnerin:** Frau SZIJ
(Tel.: 00 32 2 546 92 54 – E-Mail: borbala.szij@esc.eu.int)

- **MwSt – Ausnahmeregelung**

Berichterstatter: Herr PEZZINI (Arbeitgeber – IT)

- KOM(2003) 335 endg. – 2003/0120 CNS – CESE 1409/2003

- **Kernpunkte:**

Der Ausschuss begrüßt den Kommissionsvorschlag, der ein Verfahren für die Annahme offizieller Beschlüsse des Rates bezüglich der Ausnahmeregelungen einführt. Er hält indes eine Rationalisierung der derzeit bestehenden neuen Ausnahmeregelungen für wünschenswert.

Der Ausschuss teilt die Ansicht der Kommission, dass die Einheitlichkeit der MwSt-Durchführungsbestimmungen durch den Rat gewährleistet bleiben muss. Gleichwohl fordert er die Kommission auf, Vorschläge zur Reform des MwSt-Ausschusses vorzulegen.

Der Ausschuss besteht darauf, im MwSt-Bereich zum Prinzip qualifizierter Mehrheitsentscheidungen überzugehen – mit Ausnahme der Festlegung der Steuersätze und bis zur Einführung eines europäischen Systems der Ausgleichsleistungen.

- **Ansprechpartner:** Herr OLECHNOWICZ
(Tel.: 00 32 2 546 99 72 – E-Mail: pawel.olechnowicz@esc.eu.int)

- **Gemeinsames Steuersystem /Mutter- und Tochterunternehmen**

Hauptberichterstatterin: Frau POLVERINI (Arbeitnehmer – IT)

- KOM(2003) 462 endg. – 2003/0179 CNS – CESE 1408/2003

– **Kernpunkte:**

Der Ausschuss begrüßt den Kommissionsvorschlag, mit dem die rechtliche und wirtschaftliche Doppel- oder Mehrfachbelastung der von einem Tochterunternehmen ausgeschütteten Gewinne im Land des Sitzes des Mutterunternehmens beseitigt oder zumindest eingeschränkt werden soll.

Der Ausschuss begrüßt die vorgeschlagene Erweiterung des Kreises der Unternehmen, denen die Richtlinie zugute kommt, auf verschiedene Rechtspersönlichkeiten, die bislang vom Anwendungsbereich ausgeschlossen waren.

- **Ansprechpartnerin:** *Frau SZIJ*
(Tel.: 00 32 2 546 92 54 – E-Mail: borbala.szij@esc.eu.int)

• ***Direkte und indirekte Steuern / Gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden***

Hauptberichterstatter: Herr PEZZINI (Arbeitgeber – IT)

- KOM(2003) 446 endg. – 2003/0170 CNS – CESE 1403/2003

– **Kernpunkte:**

Der EWSA befürwortet die Notwendigkeit, ein wirksames Informationsaustauschsystem zwischen den Mitgliedstaaten einzuführen, um Steuerbetrugs- und Steuerhinterziehungspraktiken zu begegnen.

Angesichts der geltenden einzelstaatlichen Verfahren und des politischen Willens, diese Strukturen nicht umzuwälzen, befürwortet der EWSA die vorgeschlagenen Änderungen, weil sich die Mitgliedstaaten dadurch aufeinander zu bewegen und einen weiteren, wenn auch noch unzureichenden Schritt zur Modernisierung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten unternehmen.

Der EWSA nutzt die Gelegenheit, um erneut die Grenzen des geltenden Einstimmigkeitsprinzips zu beklagen, das für alle steuerrechtlichen Beschlüsse der Gemeinschaft gilt, und bekräftigt die Notwendigkeit, dieses Prinzip zugunsten von Beschlüssen mit qualifizierter Mehrheit zu überwinden.

- **Ansprechpartner:** *Herr OLECHNOWICZ*
(Tel.: 00 32 2 546 99 72 – E-Mail: pawel.olechnowicz@esc.eu.int)